

Welt Trends

— Zeitschrift für internationale Politik —

Brasilien – Land der Gegensätze



Ordnung und Fortschritt?
Jenseits des Neoliberalismus
Neue linke Sozialpolitik
Musterdemokratie?
Macht der Landlosen

WeltBlick

Auf Peróns Spuren
Kurskorrektur in Somalia
Rentierstaat Algerien

Streitplatz

Außenpolitik in Rot-Rot-Grün

Analyse

Polen regierte Europa

Bücher & Tagungen

20 Jahre WeltTrends

Inhalt

1 Editorial

4 WeltBlick

- 5 Auf Peróns Spuren
Ralf Pauli
- 10 Rentierstaat Algerien
Hartmut Elsenhans
- 15 Kurskorrektur in Somalia
Stefan Brüne
- 21 Spanien – Zerfall in der Krise?
Mario Kölling



28 Zwischenruf von Wolfgang Schwarz

30 Thema: Brasilien – Land der Gegensätze

- 33 Vom Militärregime zur Musterdemokratie?
Sven Schuster
- 44 Neue linke Sozialpolitik
Claudia Zilla
- 52 Jenseits des Neoliberalismus
Joachim Wahl
- 61 Macht der Landlosen
Raina Zimmering
- 69 Regierung versus soziale Bewegung
Interview mit Valter Pomar (São Paulo-Forum)
- 76 **Statistik:** Wachstum – Wohlstand – Wandel



78 LipGlosse: Zu Gast bei Freunden

80 Streitplatz: Außenpolitik in Rot-Rot-Grün Anstoß für eine linksreformistische Außenpolitik

Report: No Future Without Justice
Henning Melber

87

Analyse: Polen regierte Europa
Jarosław Jańczak und Beata Przybylska-Maszner

91



Repliken

101

Frühling in Tunesien **101**
Elyses Ghariani

Autoritarismus in der Krise **104**
Sergej Birukov

Analyse: Wettbewerb um Land und Wasser
Michael Brüntrup und Waltina Scheumann

106



Bücher und Tagungen

116

Wiedergelesen: Ludwig Dehio
Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jh. **117**

Rezensionen **120**Annotationen **129**Neuerscheinungen **132**Konferenzen **134**Impressum **141**

Agenda gegen Waffenhandel
Kommentar von Michael Kellner

142

Wort und Strich

144

Außenpolitik in Rot-Rot-Grün

Was spricht eigentlich gegen die Regierungskombination Rot-Rot-Grün auf der Ebene des Bundes? Gegen die konkrete Herrschaftskooperation der sich als mehr oder minder links verstehenden deutschen Parteien? Reflexartig fällt das Schlagwort: Außen- und Sicherheitspolitik! Die Militärinterventionen in Afghanistan, Irak und Kosovo lehnte Die Linke konsequent ab. SPD und Grüne stimmten und stimmen mehrheitlich zu. Gab es in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei, vor allem aber in jenen der einst pazifistisch gestarteten Grünen in der Kosovofrage noch massive innerparteiliche Auseinandersetzungen, hatten spätere Auslandseinsätze höchstens Bekundungen von Bauchschmerzen im Gepäck und keine Farbbeutel. Interventionen als Symptome: In zentralen außenpolitischen Fragen wie jener nach der Reform der NATO, der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie einer internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik besteht angesichts differierender Standpunkte Diskussionsbedarf, um nicht nur die gesamtpolitischen Verhältnisse, sondern auch sich selbst zum gemeinsamen Tanzen zu ermuntern.

Wir bringen ein Diskussionspapier von Vertretern der drei Parteien aus Deutschland und Österreich. Anknüpfungspunkte für eine gemeinsame Reformpolitik in den Fragen des Sicherheits- und Außenpolitischen sollte die Linksreformismus-Tagung, die zwischen dem 4. und dem 6. Februar 2011 stattfand, herausarbeiten. Es zeigt sich, dass rot-rot-grüne Vorstellungen in den Bereichen Stärkung des Europäischen Parlaments, faire Handelspolitik und Friedenssicherung durchaus kompatibel sind. Für und Wider stehen sich gegenüber – unversöhnlich? Nicht umsonst eröffnet *WeltTrends* mit diesem Beitrag einen neuen Streitplatz: Mit Worten soll gestritten werden – eine gute Grundlage liegt vor.

Christoph Sebastian Widdau

Linksreformistische Europa- und Außenpolitik

Diskussionsstandspapier der Track-Gruppe 5 der Linksreformismus-Tagung 4. bis 6. Februar 2011 in Berlin von Nadja Douglas (Die Linke), Myriam Riedel (SPD), Erhard Crome (Die Linke), Maria Maltschnig (SPÖ), Karl-Heinz Niedermeyer (SPD) und Christian Beck (B'90/Grüne)

Parlamentarisierung der EU für die Rückgewinnung politischer Steuerungsfähigkeit

Das Europäische Parlament (EP) muss aufgewertet werden: Zum einen muss seine Stellung innerhalb des Institutionengefüges der EU gestärkt werden, indem es dem Rat gleichberechtigt gegenübergestellt wird. Das Mitentscheidungsverfahren ist auszuweiten. Darüber hinaus soll eine wirkliche Wahl der Kommission durch das Parlament erfolgen, evtl. auch durch die Wahl der/des Kommissionspräsidentin/en aus der Mitte des EP.

Die Wahlen zum EP sollen europäisch werden, indem europaweite Listen aufgestellt und europaweite Wahlkämpfe mit europäischen Themen geführt werden. Idealerweise würde die Wahl in allen Mitgliedstaaten am selben Tag durchgeführt. Politische Richtungsentscheidungen (vor allem rechts-links) müssen bei Wahlkämpfen eine entscheidende Rolle spielen. Die europäischen Parteien sollen mit einem/einer europäischen Spitzenkandidaten/in in den Wahlkampf gehen.

Aber auch auf nationaler Ebene müssen Parlamente wieder gestärkt werden, wenn es um außenpolitische Entscheidungen geht. Durch die Internationalisierung von Außen- und Sicherheitspolitik findet eine Machtverschiebung von der Legislative zur Exekutive statt. Parlamentarier/innen nicken de facto nur noch ab, was Staats- und Regierungschef/innen auf internationaler Ebene bereits verhandelt haben und können so zu wenig inhaltlich an den Entscheidungsdetails mitwirken.

Generell leidet nicht nur die Gestaltungsmöglichkeit von Parlamenten. Um multinationalen Konzernen und Wirtschaftsinteressen gegenüber regulierungsfähig zu sein, müssen Nationalstaaten sich auf europäischer Ebene zusammenschließen und

so ein handlungsfähiges Gegengewicht etablieren. Wir fordern beispielsweise eine Börsenumsatzsteuer/Finanztransaktionssteuer. Die Europäische Union muss sich aus eigenen Finanzquellen finanzieren können, zum Beispiel durch vom Parlament beschlossene Steuern.

Wir fordern, dass zivile Missionen vom nationalen Parlament mandatiert werden, um für die Missionen mehr Aufmerksamkeit zu erzeugen und die nötigen Ressourcen sicherzustellen.

Sozialer Stabilitätspakt

Innerhalb der EU gibt es starke Bestrebungen, den Stabilitäts- und Wachstumspakt mit schärferen Sanktionen auszustatten. Sparen wird damit aber teils auch zulasten notwendiger Zukunftsinvestitionen erzwungen, wie zum Beispiel der Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Gesundheit und sozialen Frieden. An solchen falschen Stellen zu sparen kann die Ökonomie vor allem in der Zukunft aber noch stärker belasten als die Zinsen hoher Staatsschulden. Deshalb fordern wir eine Lösung für den Zielkonflikt des bisherigen Stabilitätspaktes und der sozialen EU-2020-Ziele: 25 Prozent beziehungsweise 20 Millionen weniger Menschen in Armut, >40 Prozent Hochschulabsolvent/innen (unter den 30- bis 34-Jährigen), <10 Prozent Schulabbrecher/innen, >3 Prozent Bruttonationaleinkommen (BNE) für Forschung und Entwicklung. Die Erfüllung dieser sozialen EU-2020-Ziele muss mindestens genauso sanktionsbewehrt sein wie die Erfüllung der Sparziele des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Weniger Abhängigkeit von fossilen Energien

Die Gesellschaften und Volkswirtschaften Deutschlands und Europas sind nach wie vor in erheblichem Maß vom Import von Erdöl und anderen fossilen Energieträgern abhängig. Der Höhepunkt der Ölförderung ist weltweit überschritten, die Auseinandersetzung um die Ressourcen nimmt zu. In den Förderländern werden autokratische Regime am Leben erhalten. Die Reduzierung des Verbrauchs an fossilen Energieträgern in Europa ist daher nicht nur umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitisch geboten, sondern trägt auch zur Förderung von Frieden, Entwicklung und Demokratie bei.

Für eine gerechte Handelspolitik

Die EU-Handelspolitik verfolgt im Großen und Ganzen zwei Ziele. Zum einen ist das die Erschließung von Absatzmärkten und zum anderen die Sicherstellung von Rohstoffquellen. Dieser einseitige Zugang zu internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist symptomatisch für die marktzentrierte EU-Politik. Wir fordern, dass europäische Handelspolitik folgende Prämissen als Leitlinien verfolgt:

- Internationale Verteilungsgerechtigkeit,
- Verhandlungen auf Augenhöhe,
- Demokratie,
- Einhaltung von Kernarbeitsnormen,
- Einhaltung der Menschenrechte,
- Nachhaltige Entwicklung.

Zivile Kapazitäten für die Friedenssicherung

Wir fordern:

1. Personelle und finanzielle Aufstockung der Mittel für den zivilen Friedensdienst in Deutschland und Ergänzung dieser Programme durch EU-Mittel und EU-Projekte.
2. Koordination der europäischen zivilen Helfer/innen (Mediator/innen, Richter/innen, Polizeiausbilder/innen etc.) in Krisengebieten durch die EU und einheitliche Ausbildungsregeln.
3. Übernahme der Verantwortung und der Kosten für den Einsatz deutscher ziviler Helfer/innen (beispielsweise der von den Ländern gestellten Polizist/innen) in Krisengebieten durch den Bund.
4. Konzentration der zivilen Aufbaumittel auf den Aufbau funktionierender Staats-, Verwaltungs- und Justizorgane und einkommensschaffende Projekte für die lokale Bevölkerung.
5. Umsetzung einer langfristig angelegten und von militärischen Vorgaben unabhängigen Struktur- und Aufbauhilfe in den Zielländern von Kriseninterventionen.
6. Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mindestens in Höhe von 0,7 Prozent des BNE als Global Development Goal.

Kollektive Friedenssicherung

Friedenssicherung in Europa muss von militärisch dominierten und auf Konfrontation mit einem außenstehenden Gegner angelegten Verteidigungsbündnissen, wie der NATO, in stärkerem Maße auf kollektive Sicherheitssysteme verlagert werden, die sich vor allem auf nicht militärische Methoden der Konfliktbearbeitung wie vertrauensbildende Maßnahmen, Mediation und friedenssichernde Projekte sowie interkulturellen Austausch in Form von Jugendfreiwilligendiensten, Städtepartnerschaften und internationalen Schulungen von Friedensaktivist/innen stützen. Zur Förderung dieser zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit fordern wir auch die Schaffung voller Reisefreiheit in ganz Europa durch die Abschaffung von Visa-Zwängen.

Die aus der Schlussakte von Helsinki 1975 hervorgegangene OSZE muss als Nukleus eines kollektiven Sicherheitssystems mit kontinenteübergreifender Reichweite wieder mit Leben erfüllt, auf solide vertragliche Grundlagen gestellt und mit konkreten Handlungsmöglichkeiten für die Friedenssicherung ausgestattet werden.

Wesentliche Schritte für eine solche Aktivierung der OSZE sind eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem vom russischen Präsidenten Medwedjew initiierten Projekt des Vertrages über europäische Sicherheit (VES), die Ratifizierung des adaptierten Vertrages über konventionelle Sicherheit in Europa, die Umsetzung des Wiener Dokuments für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, insbesondere in der Anwendung auf die eingefrorenen Konflikte im OSZE-Bereich sowie der endgültige Verzicht auf die Errichtung von Raketenabwehrsystemen im OSZE-Bereich.

Kollektives Konfliktmanagement erfordert eine Einbeziehung aller Konfliktparteien vor Ort und umfassende mehrdimensionale Mediation. Darüber hinaus sollte zivilgesellschaftliche Expertise Eingang finden in internationale Instrumente der Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung, zum Beispiel in die Arbeit des Konfliktpräventionszentrums der OSZE. Innerhalb der zivilen Friedensarbeit sollte auf Methoden der Friedensbewegung wie zum Beispiel gewaltfreie Kommunikation zurückgegriffen werden.

Transparenz und zivilgesellschaftliche Kontrolle

Staatliches Handeln in Europa sollte transparent und für die Bürger/innen nachvollziehbar sein. Verhandlungen sollten transparent und nicht in exklusiven Formaten stattfinden. Die im Code of Conduct über politisch-militärische Aspekte von Sicherheit der OSZE geschaffenen Ansätze für eine parlamentarische und zivilgesellschaftliche Kontrolle der Aktivitäten staatlicher Sicherheitskräfte müssen in allen Vertragsstaaten öffentlich bekannt gemacht und umgesetzt werden. 🌐

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 75!

Exit Afghanistan

Einstieg in den Ausstieg
Was Algerien lehrt
Der Afghanistan-Komplex
Abzug nicht kopflos

Deutsche Interessen

Frankreich und Europa
Krieg am Horn
Energie und Klima

*Abo-Vorteile!
6 Ausgaben jährlich
ab 25 €!*



bestellung@welttrends.de

[amazon.de](https://www.amazon.de)

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Themenhefte

- | | |
|--|--|
| 85 Brasilien – Land der Gegensätze | 47 Europäische Arbeitspolitik |
| 84 Ernährung garantiert? | 46 Globale Finanzmärkte |
| 83 Arabische Brüche | 45 Von Dynastien und Demokratien |
| 82 Autoritarismus Global | 44 Modernisierung und Islam |
| 81 Atomare Abrüstung | 43 Großmächtiges Deutschland |
| 80 Japan in der Katastrophe | 42 Europäische Außenpolitik |
| 79 Rohstoffpoker | 41 Transatlantische Perspektiven II |
| 78 Polen regiert Europa | 40 Transatlantische Perspektiven I |
| 77 Vom Fremden zum Bürger | 39 Wohlfahrt und Demokratie |
| 76 Herausforderung Eurasien | 38 Politisierung von Ethnizität |
| 75 Exit Afghanistan | 37 Vergelten, vergeben oder vergessen? |
| 74 Vergessene Konflikte | 36 Gender und IB |
| 73 Klimapolitik nach Kopenhagen | 35 Krieg im 21. Jahrhundert |
| 72 Südafrika und die Fußball-WM | 34 EU-Osterweiterung im Endspurt? |
| 71 Selektive Grenzen | 33 Entwicklungspolitik |
| 70 Brodelnder Iran | 32 Balkan – Pulverfaß oder Faß ohne Boden? |
| 69 Europäische Brüche | 31 Recht in der Transformation |
| 68 NATO in der Sinnkrise | 30 Fundamentalismus |
| 67 Außenpolitik in Schwarz-Rot | 28 Deutsche Eliten und Außenpolitik |
| 66 Energiesicherheit Deutschlands | 27 10 Jahre Transformation in Polen |
| 65 Naher Osten – Ferner Frieden | 26 (Ab-)Rüstung 2000 |
| 64 Konfliktherd Kaukasus | 24 Wohlfahrtsstaaten im Vergleich |
| 63 Geopolitik Ost | 21 Neue deutsche Außenpolitik? |
| 62 Zerrissene Türkei | 20 Demokratie in China? |
| 61 Soziale Bewegungen in Lateinamerika | 19 Deutsche und Tschechen |
| 60 Russische Moderne | 18 Technokratie |
| 59 EU-Außenpolitik nach Lissabon | 17 Die Stadt als Raum und Akteur |
| 58 Regionalmacht Iran | 16 Naher Osten – Region im Wandel? |
| 57 Ressource Wasser | 14 Afrika – Jenseits des Staates |
| 56 Militärmacht Deutschland? | 12 Globaler Kulturkampf? |
| 55 G8 Alternativ | 11 Europa der Regionen |
| 54 Identität Europa | 8 Reform der UNO |
| 53 Rotes China Global | 7 Integration im Pazifik |
| 52 Deutsche Ostpolitik | 6 Zerfall von Imperien |
| 51 Geheime Dienste | 5 Migration |
| 50 Kerniges Europa | 3 Realer Post-Sozialismus |
| 49 Militär in Lateinamerika | 2 Chaos Europa |
| 48 Internet Macht Politik | 1 Neue Weltordnung |

Bestellen Sie ...

... mit einer Mail an bestellung@welttrends.de

... auf www.amazon.de – Suchwort „Welttrends“

www.welttrends.de